



Redetext / Discours de Mattea Meyer Co-Präsidentin der SP Schweiz, Nationalrätin ZH / Co-présidente du PS Suisse, conseillère nationale (ZH)

Seules les paroles prononcées font foi. Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen und Genossen

Was für ein schönes Gefühl, heute hier mit euch zu sein, nach einer Herbstsession, in der – wie Cédric bereits ausgeführt hat – die rechte Mehrheit einmal mehr Entscheide getroffen hat, die etwas gemeinsam haben: Sie zeugen von einer Geringschätzung gegenüber den Menschen, die nur schwer auszuhalten ist.

200 Millionen Kinder unter 5 Jahren sind chronisch unterernährt – und in einem der reichsten Länder der Welt, in unserem Land, beschliesst eine Mehrheit in Bundesbern, die dringend benötigte Hilfe für die Verletzlichsten massivst zu kürzen.

Kriegsflüchtlinge haben ihr Zuhause verloren – und in einem der sichersten Länder der Welt, in unserer Schweiz, will eine Mehrheit im Nationalrat, dass diese nicht einmal ihre Liebsten in Sicherheit bringen können.

Chronisch kranke, ältere Menschen müssen zur ärztlichen Behandlung – und der rechte Ständerat entscheidet, dass diese mit einer höheren Mindestfranchise noch mehr aus der eigenen Tasche bezahlen sollen.

Seit einem Jahr zieht sich diese Geringschätzung auf eine radikalisierte Art und Weise durch die politische Debatte.

Lasst mich das an zwei konkreten Beispielen aufzeigen und dafür bei der FDP beginnen. Letzte Woche sprach ihr Präsident, Thierry Burkart, in einer Rede von einer «Koalition der Bezüger und Mühsamen», die zunehme, und sagte, die FDP stehe auf der Seite jener, «die sich nicht jeden Morgen überlegen: Wo ist der Staat, der mich unterstützt?»

Burkart hat damit selbstverständlich nicht die «eigenverantwortlichen Leistungsträger» der UBS und CS gemeint, die vor sechzehn und eineinhalb Jahren nach schamloser

Bereicherung und Misswirtschaft die hohle Hand beim Staat gemacht haben. Und er hat auch nicht auf die Betreiber von zukünftigen AKWs gezielt, von denen er träumt.

Nein, nein, er hat natürlich die Familien gemeint, die die Prämienlast nicht mehr tragen können und auf mehr Entlastung hoffen. Er hat von den Rentner:innen gesprochen, die die Frechheit hatten, eine dreizehnte Rente zu wollen. Er hat die Alleinerziehende im Blick, die auf Sozialhilfe angewiesen ist. In anderen Worten: Aus Sicht der FDP sind nicht die abzockenden Manager die Mühsamen, sondern die normalen Menschen, die für ihre Arbeit und ihre Bedürfnisse mehr Respekt und Geld brauchen und einfordern. Wer reich und mächtig ist, kriegt jederzeit Unterstützung von ihnen. Wer es nicht ist, wird verspottet und verachtet. Besser könnte man den Unterschied zwischen der FDP und der SP nicht auf den Punkt bringen.

Das zweite Beispiel betrifft die SVP. Und wenn ich von der SVP spreche, dann geht es – wenig verwunderlich – um Ausländer:innen. Mit der Initiative gegen eine «10-Millionen-Schweiz» – die eigentlich Kündigungs-Initiative 2.0 heissen müsste – will sie die Beziehungen mit Europa und damit unseren Wohlstand zerstören. Zurück zum Saisonier-Statut. Denn es ist ja nicht so, dass die Konzernchef:innen der SVP ernsthaft keine Zuwanderung mehr wollen – sie brauchen Arbeitskräfte, die ihren Gewinn schaffen. Aber sie wollen halt solche ohne jegliche Rechte. Sie wollen die Schweiz als Insel, die sich nicht an Regeln, an Lohngleichheit, an Umweltstandards halten muss und Menschen wie Spielbälle benutzt, die man wegwerfen kann, wenn sie ausgedient haben, weil sie krank, arbeitslos oder alt geworden sind.

Auch hier könnte der Unterschied von ihnen zu uns nicht grösser sein. In den 60er Jahren gab es vor Restaurants Schilder, auf denen stand: «Für Italiener und Hunde verboten.» Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Man kann der EU vieles vorwerfen, was nicht gut gelaufen ist in den letzten Jahren. Keine Frage. Aber mit der Einführung der Personenfreizügigkeit bekamen die früheren Gastarbeiter, deren Kinder und Familien erstmals soziale Rechte – wie übrigens auch Schweizer:innen, die in Europa wohnen. Diese Errungenschaft hat das Leben der Menschen entscheidend verbessert. Und darum werden wir sie immer verteidigen. An die Adresse jener Konzernbosse und SVP-Politiker, die sich das wünschen, habe ich eine klare Botschaft: Es wird keine Rückkehr zum Saisonier-Statut geben!

Lasst mich eines sagen: Wer gegen Zuwanderung ist, ist gegen Wohlstand und eine funktionierende Schweiz. Die, die dagegen sind, dass Menschen in die Schweiz kommen, sind die gleichen, die keine Antwort auf die Frage haben, welche Pflegeheime und Spitäler es denn nicht mehr braucht, welche Häuser nicht gebaut, welche Strassen und Büros nicht geputzt werden sollen. Gehen dann Marcel Dettling und Martina Bircher im Altersheim pflegebedürftige Menschen waschen, schuftet dann Thomas Aeschi auf Baustellen oder sammelt dann Andreas Glarner den Müll ein? Natürlich nicht. Wir alle wissen – und auch die SVP-Elite weiss –, dass dieses Land im Nu zusammenbrechen würde ohne Ausländer:innen. Mit dieser unehrlichen, unverantwortlichen Politik auf dem Buckel von

Menschen mit weniger Rechten muss endlich Schluss sein. Und es muss auch Schluss sein damit, dass sich die sogenannten Wirtschaftsführer:innen dieses Landes bei uns, der SP, über Fachkräftemangel beklagen, aber öffentlich kein Wort gegen die SVP herausbringen. Es ist Zeit, breit und unüberhörbar Stellung zu beziehen gegen eine Politik, die die Schweiz kaputt macht.

Chères et chers camarades, en cette première année après les élections fédérales, la population a montré qu'elle en avait assez de ce mépris et qu'elle voulait plus de solidarité.

Le OUI à l'initiative d'allègement des primes a été manqué de justesse, mais nous avons eu du succès dans les trois votations sur la prévoyance vieillesse. Avec le OUI à la 13e rente, le NON massif à l'augmentation de l'âge de la retraite et le rejet tout aussi net de la réforme LPP, la population a donné une claque massive à cette arrogance bourgeoise.

L'acceptation de la 13e rente AVS répond au besoin commun de pouvoir vieillir dans la dignité après une vie de travail, de garde d'enfants et d'autres tâches d'assistance. C'est une révolte absolument justifiée et nécessaire de toutes celles et ceux qui doivent faire face depuis des années à une perte de pouvoir d'achat parce que les primes et les loyers explosent alors que les salaires et les rentes ne bougent presque pas.

C'est la volonté de prendre davantage soin les uns des autres et de renforcer, avec l'AVS, l'assurance qui nous lie dans la solidarité au-delà des générations, des modes de vie et des classes sociales. Ensemble, nous avons rendu la Suisse plus solidaire, et nous pouvons en être fiers !

Cela me rend confiante pour les prochaines votations de novembre :

Nous donnerons tout ce que nous pourrons pour mettre fin à de nouvelles arnaques faites sur le dos des locataires. Car si nous ne disons pas stop maintenant, les lobbies de l'immobilier feront tout pour faire encore plus de profit et forcer les locataires à payer des loyers encore plus hauts.

Il en va de même pour la politique des transports et du climat d'Albert Rösti : alors qu'il milite pour une extension des autoroutes qui coûtera plus de 5 milliards de francs, créera plus de trafic et donc plus d'émissions de CO2 nuisibles au climat, il bloque par pure idéologie 30 millions de francs qui étaient prévus pour le développement des trains de nuit. Ce n'est malheureusement qu'une étape de plus dans le plan perfide du conseiller fédéral Rösti : il veut annuler, projet après projet, les avancées obtenues en matière de politique environnementale et climatique, obtenues notamment par notre ancienne conseillère fédérale Simonetta Sommaruga. Et nous ferons tout pour l'arrêter !

Liebe Genossinnen und Genossen. In drei Monaten würde ich mich auf dieser Bühne hier wohl etwas weniger wohl fühlen. Es ist dann Showtime für die CEOs der Grosskonzerne, die ans WEF kommen. Sie werden aus schwarzen Limousinen und Hubschraubern steigen, nachdem sie mit dem Privatjet nach St. Moritz oder Zürich geflogen sind. Sie werden an Pressekonferenzen erklären, dass Kriege und wachsende Armut furchtbar seien, in die Fernsehkameras sagen, wie besorgt sie wegen der erstarkenden Klimakrise sind, und an Paneldiskussionen betonen, dass Gleichstellung und Mädchenförderung für sie eine Herzensangelegenheit seien. In den restlichen 51 Wochen im Jahr werden sie weltweit relativ konsequent damit beschäftigt sein, das zu tun, wofür die SVP und FDP das ganze Jahr über sorgen: Waffendeals abschliessen, Milliarden in die Regenwaldzerstörung investieren und Frauenrechte immer nur dann als Feigenblatt vorne hinstellen, wenn es gerade für ihre Zwecke dient. Oder auf den Punkt gebracht: Eine Politik machen gegen die Menschen und ihre Kaufkraft, gegen das Klima, gegen die Gleichstellung.

Nur: Heute stehen **wir** hier. Und auch wenn wir morgen Abend wieder nach Hause gehen werden, wir überlassen den Mächtigen und Rechten die Bühne nicht!

Angesichts von Kriegen, Klimakrise und zunehmender Ungleichheit sind die Herausforderungen zu gross, um die Menschen in dieser sozialen Kälte allein zu lassen.

Wenn ich so in diesen Saal schaue, dann wärmt es mein Herz, zu wissen, dass die soziale Schweiz auf uns alle gemeinsam zählen kann. Ich danke euch!